

Gleiches Recht für alle

05.04.2012 - RHEINGAU

FLUGHAFENURTEIL BI-Bahnlärm schöpft Hoffnung

(bad). Willi Pusch, der Vorsitzende der Bürgerinitiative im Mittelrheintal gegen Umweltschäden durch die Bahn, hofft, dass das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtshofs in Leipzig zum Nachtflugverbot am Frankfurter Flughafen auch Auswirkungen auf die lärmgeplagten Bahnanrainer haben wird. Das Gericht habe anerkannt, dass nächtlicher Lärm von den Menschen nicht in allen Fällen geduldet werden muss. Es bewerte damit das Recht der Menschen auf ungestörte Nachtruhe höher als wirtschaftliche Belange. Die Frage sei nun, ob das Recht auf Nachtruhe nur für Anlieger des Rhein-Main-Flughafens oder auch für die vom Bahnlärm geplagten Menschen gelte, die noch höhere Dezibelwerte aushalten müssten.

Das Bundesverkehrsministerium sei vor dem Hintergrund des Urteils aus Leipzig gut beraten, seine Haltung zu überdenken. Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer hatte erklärt, allein aus Lärmschutzgründen sei eine Alternativstrecke für den Schienengüterverkehr nicht zu realisieren. Pusch hofft nun auf gleiches Recht für alle. Jetzt müssten auch die Bahnanlieger ihr Recht auf Nachtruhe einfordern.

Anwohner demonstrieren weiter

Wiesbadener Kurier, 05.04.2012 - REGION

BÜRGERINITIATIVEN Menschen in der Region fordern weniger Flüge am frühen Morgen und späten Abend

(ah/be/fri/grü) Die Bürgerinitiativen gegen Fluglärm und die Politiker der Region begrüßten die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts - werteten sie aber gleichzeitig nur als Teilerfolg.

Es sei ein bemerkenswerter „Paradigmenwechsel“, dass wirtschaftliche Gesichtspunkte nicht mehr als höherwertig gewichtet werden als Gesundheits- und Lärmschutzgründe, so die Meinung von Wiesbadens Bürgermeister Arno Goßmann (SPD) zum Leipziger Richterspruch. Jetzt müssten das Land Hessen und die Fraport aber das machen, was versprochen wurde, kommentiert der Erste Kreisbeigeordnete des Main-Taunus-Kreises, Hans-Jürgen Hielscher (FDP), die Entscheidung zum Flughafenausbau. Bei den Planungen sei ein Nachtflugverbot zugesagt worden, das müsse jetzt realisiert werden. Birgit von Stern, Vertreterin der Bürgerinitiative Flörsheim-Hochheim, zeigte sich weniger zufrieden: Sie hätte sich eine klarere Aussage zu einer Entlastung der Randstunden (von 22 bis 23 und 5 bis 6 Uhr) erhofft. Auch die Mainzer Umweltdezernentin Katrin Eder hätte gern eine komplette Nachtruhe von 22 bis 6 Uhr als Urteil vernommen. „Denn man kann sich ja genau ausrechnen, was 133 Flüge in der Zeit von 22 bis 23 Uhr und von 5 bis 6 Uhr bedeuten“, so die Grünen-Politikerin. Auch der Rüsselsheimer Oberbürgermeister Patrick Burghardt (CDU) wünscht sich, dass das hessische Wirtschaftsministerium seinen Gestaltungsspielraum voll

ausnutzt, um eine möglichst weitgehende Nachtruhe auch in den Randstunden zu gewährleisten.

„Da ist zum Wohl der Menschen und gegen das Profitinteresse der Wirtschaft entschieden worden“, sagte Walter Astheimer, Erster Kreisbeigeordneter in Groß-Gerau. Dennoch gehöre man auch weiterhin zu den lautesten Regionen Deutschlands. Auch mit Blick auf die angestrebte Kapazitätserweiterung des Frankfurter Flughafens forderte Astheimer Lärmobergrenzen zum Schutz der Bevölkerung. Weiterer Kritikpunkt: Der Lärm am Tag bleibe. „Das ist eine minütliche Belastung“, sagte Katrin Eder.

Die Menschen in der Region, die ihren Protest gegen den Fluglärm immer wieder auf die Straße getragen hatten, wollen sich weiterhin für ihr Anliegen einsetzen. „Wir treten weiter für eine hörbare Reduzierung des Taglärms ein, für ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr und eine Deckelung der Flugbewegungen“, sagte am Mittwoch Ingrid Kopp, Sprecherin des Bündnisses aus über 60 Bürgerinitiativen rund um den Frankfurter Flughafen. Die Lärmgegner wollen daher weiterhin montags im Flughafenterminal demonstrieren, kündigte sie an.

Der Groß-Gerauer Bundestagsabgeordnete Gerold Reichenbach (SPD) warnt davor, dass Verkehrsminister Ramsauer (CDU) nun auf Bundesebene versuche, das Luftverkehrsgesetz im Sinne der Luftverkehrswirtschaft zu verändern, um das Nachtflugverbot aufzuweichen. Vorsicht sei auch auf europäischer Ebene vor derartigen Initiativen geboten.

Derweil gerät nach dem Leipziger Richterspruch andernorts der Bahnlärm wieder in den Fokus: „Der Kampf hat sich gelohnt“, erklärte Michael Antenbrink, Bürgermeister von Flörsheim. Die Bürger müssten nun jedoch mit der Bahn leben, an deren Rechtmäßigkeit die Leipziger Richter nicht rüttelten. Willi Pusch, Vorsitzender der Bürgerinitiative im Mittelrheintal gegen Umweltschäden durch die Bahn, sieht das anders: „Nach dem Gleichheitsgrundsatz darf man wohl davon ausgehen, dass dieses Urteil größere Kreise ziehen wird“, sagte Pusch - und forderte die Bahnanlieger auf, ihr Recht auf Nachtruhe einzufordern